

Wochenblatt

für Pulsnitz, Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Erscheint:
Mittwochs und Sonnabends
früh 8 Uhr.

Abonnementpreis:
Vierteljährlich 1½ Mark.

Inserate
werden mit 10 Pfennigen für den
Raum einer gespalteten Corpus-
zeile berechnet u. sind bis spätestens
Dienstags und Freitags Vormittags
9 Uhr hier aufzugeben.

**Amtsblatt der Königlichen Gerichtsbehörden und der
städtischen Behörden zu Pulsnitz und Königsbrück.**

Dreißigster Jahrgang.

Buchdruckerei von **Ernst Ludwig Förster** in Pulsnitz.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von **Paul Weber** in Pulsnitz.

Geschäftsstellen

für
Königsbrück: bei Herrn Kaufmann
M. Fischerich. Dresden: Annoncen-
Bureau's Haafenstein & Bogler, In-
validentbank, W. Saalbach. Leipzig
Rudolph Roffe, Haafenstein
& Bogler. Berlin:
Centralannoncenbureau für
sä m t l i c h e deutsche Zeitungen.

Auswärtige Annoncen-Aufträge

von uns unbekanntem Firmen und Personen nehmen wir nur gegen Prämien- und Zahlungs- durch Briefmarken oder Posteingahlung auf. Anonyme Annoncen, oder solche, welche Beleidigungen enthalten, werden keinesfalls aufgenommen, mag der Betrag beiliegen oder nicht.

Exped. des Amtsblattes.

Mittwoch.

N^o 91.

13. November 1878.

Von dem unterzeichneten Königlichen Gerichtsamte soll

den 15. Januar 1879

das dem Bäckermeister Carl Hermann Wagner in Pulsnitz zugehörige Hausgrundstück Nr. 354 des Katasters, Nr. 75 des Flurbuchs und Fol. 93 des Grund- und Hypothekenbuchs für Pulsnitz, welches Grundstück am 28. October 1878 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf 6050 Mark — Pfg.

gewürdigt worden ist, nothwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.
Pulsnitz, am 4. November 1878.

Das Königliche Gerichtsamt daselbst.
Jahn.

Erlaß, Einquartierungsregulative betreffend.

In der bei weitem größten Anzahl der Ortschaften des Bezirks ist die Aufstellung eines Ortsstatuts über die Grundsätze, nach welchen die Vertheilung der Quartierleistungen innerhalb des Gemeindebezirks erfolgen soll, noch nicht geschehen.

Die betreffenden Gemeinden werden daher hierdurch angewiesen, in Gemäßheit der Vorschrift in § 7 Abs. 3 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1868 und § 9 der dazu ertheilten Instruction vom 31. December 1868 (Bundesgesetzblatt 1869 Seite 2 flg.) mit Aufstellung des gedachten Regulativs vorzugehen und solches bis spätestens zum Jahreschlusse anher einzureichen.

Eine Wiederholung gesetzlicher Vorschriften in dem Regulative ist thunlichst zu vermeiden, dagegen wird namentlich die örtliche Behörde, welcher die Vertheilung der Einquartierung obliegt, zu bezeichnen, die den Quartiergebern etwa aus Gemeindegeldern zu gewährenden Entschädigung festzustellen und wegen Aufbringung des durch die Einquartierung für die Gemeinde entstehenden Aufwandes Sorge zu treffen sein.

Der Entwurf eines bezüglichen Regulativs kann gegen Abentrichtung der Schreibgebühr an Kanzlei der Königlichen Amtshauptmannschaft in Empfang genommen werden.

Ramenz, am 7. November 1878.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Schäffer.

Zeitereignisse.

Dresden, 10. Novbr. Die sächsischen Tuchfabrikannten exportieren jährlich für 3—4 Millionen Mark verschiedener Tuchgattungen nach Italien. Von Neujahr ab will Italien einen neuen Zolltarif einführen, der im schutzollnerischen Sinne mehrfache Erhöhungen der fremden Einfuhr enthält. So sollen Tuche, die bisher 10% Eingangszoll zahlten, künftig 16% zahlen. Man sieht, wie überall das Ausland sich gegen die Einfuhr deutscher Waaren schützt. Nun läßt mit Neujahr der deutsch-italienische Zoll- und Handelsvertrag ab, ohne daß man von Verhandlungen über Verlängerung hörte. Die Leipziger Handelskammer ersucht nun das Reichskanzleramt, doch schnell in Verhandlungen mit Italien zu treten und da die deutschen Interessen zu wahren.

Zweihundertvierzig socialdemokratische Agitatoren (darunter die Reichstagsabgeordneten Liebknecht und Wasth) befinden sich gegenwärtig im Gefängnisse.

Dresden, 12. November. Der „Bohemia“ meldet man von hier: „In der Zeit, in welcher die socialdemokratische Partei noch ungestraft ihren agitatorischen Bestrebungen nachgehen konnte, machte sich bekanntlich auch unter einzelnen Studirenden der Leipziger Hochschule eine sehr ausgeprägte socialistische Propaganda bemerkbar. Wie jetzt aus Leipzig von unterrichteter Seite mitgetheilt wird, ist hierin in den letzten Monaten, insbesondere seit der Zeit, wo es selbst, daß der Staat die Unterwühlung durch die Socialisten nicht länger mehr dulden werde, ein vollständiger Rückschlag eingetreten. Von jener Bewegung unter einem Theile der Studirenden ist absolut nichts mehr zu bemerken, und wenn es, was ja wohl unzweifelhaft ist, immerhin noch socialdemokratisch denkende Studenten giebt, so hüten sie sich, dieser ihrer Gesinnung einen äußeren Ausdruck zu geben.“

Der Stadtrath zu Regau erläßt eine Bekanntmachung an die Bewohner der Stadt, worin er sie auffordert, selbst mit thätig Hand an zu legen zur Unterdrückung der überhandnehmenden Rohheiten der heranwachsenden Jugend und auf diese Weise die Gemeindebehörde in ihrem schweren Amte zu unterstützen. Leider könne man, so sagt der Stadtrath, häufig beobachten, daß rohe Ausschreitungen, die seitens der Jugend auf offener Straße begangen würden, vom Publikum, welches diese Rohheiten mit anfieht, entweder stillschweigend geduldet oder, was noch schlimmer, mit Wohlgefallen betrachtet werden. Anstatt nun immer gleich nach der Polizei zu rufen, die doch unmöglich überall sein könne, möchten daher Eltern, Pflegeeltern, Vormünder, Lehrherren und Arbeitgeber bez. alle Mitbürger, denen das

Wohl der Jugend am Herzen liege, selbstthätig mit dafür sorgen, daß die Verwilderung der Jugend verhindert werde und Schulbige die nöthige Züchtigung erhalten.

Leipzig, 8. November. Die heute hier stattgefundene außerordentliche Generalversammlung der Actionäre der Chemnitz-Wirtnischer Eisenbahn-Gesellschaft, in welcher 2618 Aktien mit 187 Stimmen vertreten waren, genehmigte das mit dem königl. sächsischen Finanzministerium getroffene Uebereinkommen wegen Ueberlassung des Betriebs an die königl. sächsische Staatsbahn-Verwaltung und gab ferner ihre Zustimmung zu dem event. Verkauf der Bahn an den sächsischen Staatsfiskus für einen Kaufpreis von 600 Mark nom. in 3procent. Rente.

Berlin. Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom 1. d. M. hinsichtlich der Zollbehandlung der Schachteln zu schwedischen Zündhölzern beschloßen, daß der Schlußsatz des Absatz 3 in § 4 der Bestimmungen über die Tara folgende Fassung erhalten soll: „Doch sind rohe ungefarbte, mit Papier beklebte und mit Reibsubstanz versehene Schachteln aus Holzspahn, in welchen als der gewöhnlichen Fabrikverpackung Zündhölzer eingeführt werden, Flaschen von gefärbtem, ungeschliffenen Glas, in welchen ätherische Oele oder Medicamente eingehen, und Umhüllungen von Staniol um Parfümerien und feine Seifen auf die Tarirung von keinem Einfluß.“

Berlin. In Ergänzung zu den Mittheilungen über die Eventualität eines Nachkongresses hört man jetzt, daß es sich weniger um einen förmlichen Nachkongress handeln dürfte, als vielmehr um die Einsetzung einer weiteren europäischen Kommission, welche die factische Ausführung des Berliner Friedens überwachen soll. Angesichts der Resultate, welche das ganze Heer der bisherigen europäischen Kommissionen erzielt hat, darf man sich wohl einige Zweifel an dem practischen Werth einer derartigen Einrichtung erlauben. Dieses Auskunftsmittel dürfte ja so viel helfen, wie simples Gipsplaster bei einem schweren Schenkelbruch.

Berlin, 9. November. Von einem Parteimangel war bisher in Deutschland nichts zu bemerken. Jetzt debütiert zum Ueberfluß auch noch eine deutsche Handwerker- und Gewerbe-Partei mit ihrem Programm. Früher gab es in Deutschland einen „Verein selbstständiger Handwerker und Fabrikanten“ der alljährlich zur Frühlingszeit eine Reihe schöner Beschlüsse faßte, um das franke deutsche Reich zu retten. Sonst hörte man nicht viel von den Leistungen dieser Gesellschaft, die sich schließlich in Wohlwollen aufgelöst zu haben scheint, denn es wäre sonst unerklärlich, wovon das Bedürfnis nach Bildung dieser neuen Partei, der deutschen Handwerker- und

Gewerbe-Partei, hätte kommen sollen. Was diese Partei will, ist nichts Neues, wird vielmehr bei jeder Reichstagswahl aus den Kreisen der Gewerbetreibenden wiederholt und hat zum Theil auch einen leidlich gefunden Kern. Dies gilt z. B. von der Idee der „Schaffung allgemein verbreiteter fachgewerblicher Corporationen.“ Auch darüber, daß dieselben eventuell „mit der nöthigen gesetzlichen Autorität ausgerüstet würden, ließe sich reden. Nur die zwangsweise Decretirung dieser Schöpfungen von oben herab würden wir nicht befürworten mögen. In gleicher Weise verhält es sich mit dem Project der „Gewerbe- und Handwerkerkammern“, welches das Programm offenbar im Auge hat, wenn es „solche Einrichtungen herbeigeführt zu sehen“ wünscht, „welche geeignet sind, das Kleingewerbe ebenso, wie den Handel und die Großindustrie mit der erforderlichen Sorgfalt zu pflegen.“ Wie aber sieht die Partei zu dem öffentlichen Leben überhaupt? „Die Partei“ — so heißt es da — „wird zu den politischen Tagesfragen je nach Umständen Stellung nehmen.“ Also die absolute Opportunitätspolitik! Naiver ist die Fahne der politischen Charakterlosigkeit noch niemals enthüllt worden. Der moderne Staat beruht auf dem Grundsatz, daß die Gesetzgebung ausschließlich geregelt werde durch die Erfordernisse des Gesamtwohls. Diese Erfordernisse richtig zu erkennen und sie zweckmäßig zu befriedigen, ist der Inhalt der Politik. Allein unter diesem politischen Gesichtspunkte kann und darf die Staatsgesetzgebung gehandhabt werden. Die Apokalypse der Interessenvertretung stellen das Verhältnis frischweg auf den Kopf. Die politischen Gesichtspunkte sind ihnen gleichgültig; Hauptsache ist ihnen für die Gesetzgebung das ganz spezielle Interesse dieses oder jenes Bruchtheils der Gesamtheit. Wenn derartige Chimären, wie es fast den Anschein hat, bei uns epidemisch werden, so können sie in der That eine politische Verirrung und Verwilderung verursachen, die für unsere Zukunft eine schlimmere Gefahr noch als die Socialdemokratie sein würde.

(Berl. Tzbl.)

Die Veränderungen im deutschen Gesandtschaftsdienst sind jetzt, wie wir hören, definitiv beschloßen. Danach geht der jetzige Gesandte in Dresden, Graf Solms, nach Madrid, der erste Rath bei der deutschen Gesandtschaft in Wien, Graf Dönhof, als Gesandter nach Dresden. Der letztere gilt für einen der befähigsten jüngeren Diplomaten; er sei ein Sohn des verstorbenen Oberhofmeisters der verewigten Königin Elisabeth. Die jetzigen Gesandten in Stuttgart und Kopenhagen, von Magnus und von Heydebrandt und der Lasa, werden ihre Posten tauschen.

— Weber Pfeifen noch Singen hilft wider das